Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2777

26. 10. 95

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Irmingard Schewe-Gerigk und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Drucksache 13/2559 —

Situation von älteren Schwulen und Lesben

Ältere Schwule und Lesben sind aufgrund ihrer Lebensgeschichte in einer ganz besonderen persönlichen Situation:

Während der NS-Diktatur mußten Schwule und Lesben ihre Homosexualität verbergen, da die Gefahr der Deportation und Ermordung im Konzentrationslager drohte. Die Bundesrepublik Deutschland hat nach 1949 an dem von den Nationalsozialisten verschärften § 175 StGB festgehalten. Tausende von Schwulen wurden nach dem § 175 StGB verurteilt, Polizeiorgane bespitzelten Lesben und Schwule und führten sog. Rosa Listen. Aufgrund der gesellschaftlichen Ausgrenzung haben viele Schwule und Lesben ihre sexuelle Identität sogar vor dem Freundeskreis und der Familie verborgen. Bis heute sehen sich viele Schwule und Lesben gezwungen, ihre Lebensweise am Arbeitsplatz zu verheimlichen, um Diskriminierungen vorzubeugen. Diese kollektiven Erfahrungen haben sich tief in das Bewußtsein von homosexuellen Menschen eingeprägt und bestimmen auch heute noch ihr Handeln und Denken mit.

Der Publizist Hans-Georg Stümke stellt in seiner vom Schwulenverband in Deutschland (SVD) veröffentlichen Studie „Homosexuelle Männer jenseits des 40. Lebensjahres – eine erste Auswertung deutscher und amerikanischer Veröffentlichungen über ältere homosexuelle Männer" fest, daß „auffallend wenige systematische Untersuchungen zu diesem Thema vorliegen".

In den letzten Jahren wird verstärkt über die Notwendigkeit von Einrichtungen der Altenhilfe für die erste Migrantengeneration diskutiert, da die bisherigen Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen nicht auf deren soziale und kulturelle Bedürfnisse eingerichtet sind. Diese Problematik besteht in ähnlicher Weise auch für Lesben und Schwule.

Vorbemerkung

Die Bundesregierung ist bemüht, auf Toleranz auch gegenüber Menschen mit homosexueller Orientierung hinzuwirken.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 23. Oktober 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die Bundesregierung hält die Situation der ersten Migrantengeneration mit der der älteren Homosexuellen nicht für vergleichbar.

Die Bedürfnisse älterer Menschen der ersten Migrantengeneration sind geprägt von kulturellen, sprachlichen, religiösen und ethnischen Unterschieden. Ihre Integration und Teilhabe kann von Alteneinrichtungen, die sich an den Bedürfnissen deutscher Seniorinnen und Senioren orientieren, im allgemeinen nicht sichergestellt werden. Die Situation von älteren Homosexuellen mit der Migrantenproblematik zu vergleichen, hieße, diese Menschen mit ihrer umfassenden Persönlichkeit auf ihre Sexualität zu reduzieren und käme somit unzweifelhaft einer Diskriminierung gleich.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation von älteren Schwulen und Lesben?

Die Bundesregierung hat bisher keine Erkenntnisse über die spezifische Situation von älteren Menschen homosexueller Orientierung. Die Bundesregierung wird sich jedoch weiter dafür einsetzen, allen Formen der Diskriminierung entgegenzutreten, unabhängig vom Alter der Betroffenen (vgl. Antwort vom 29. Dezember 1994 [Drucksache 13/153]).

2. Welche Organisationen sind der Bundesregierung bekannt, die sich um eine Altenhilfe bemühen, die auch die besonderen Belange von älteren Schwulen und Lesben berücksichtigt?

3. Welche Einrichtungen für ältere Schwule und Lesben gibt es in den Bereichen Freizeit, Altenpflege und Altenhilfe?

Der Bundesregierung sind bisher weder entsprechende Organisationen noch Einrichtungen bekannt.

Die Bundesregierung weist aber darauf hin, daß die Versorgung der älteren Menschen mit Diensten und Einrichtungen der Altenhilfe Sache der Länder und Kommunen ist.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Versorgungssituation von älteren Schwulen und Lesben?

Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung werden unabhängig von sexuellen Gewohnheiten gewährt. Entsprechende Daten werden deshalb – und auch aus datenschutzrechtlichen Gründen – nicht erhoben, so daß Aussagen über die Versorgungssituation von älteren Menschen mit homosexueller Orientierung empirisch nicht belegt werden können. Homosexuelle Lebensgemeinschaften sind nach der derzeitigen Gesetzeslage den nichtehelichen Lebensgemeinschaften gleichgestellt. Das bedeutet, daß älteren Menschen mit homosexueller Orientierung keine abgeleiteten Versorgungsansprüche zustehen.

5. Würde die Bundesregierung es begrüßen, wenn es Einrichtungen gäbe, die sich zielgruppenorientiert auf ältere Schwule und Lesben einstellen?

   Welche Förderungsmöglichkeiten gäbe es für diese?

Die Bundesregierung sieht es als Aufgabe der Einrichtungen der Altenhilfe an, im Rahmen ihrer Aufgabenstellung auf die Bedürfnisse und Wünsche ihrer Nutzer einzugehen. Ob es bei älteren Menschen mit homosexueller Orientierung ein Bedürfnis nach zielgruppenorientierten Einrichtungen gibt, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

6. Welche Veröffentlichungen, Studien oder sonstigen Arbeiten, die sich teilweise oder schwerpunktmäßig mit der Situation von älteren Schwulen und Lesben in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen, sind der Bundesregierung bekannt?

Der Bundesregierung sind solche Veröffentlichungen, Studien oder sonstige Arbeiten nicht bekannt.

7. Welche Veröffentlichungen, Studien oder sonstigen Arbeiten, die sich teilweise oder schwerpunktmäßig mit der Situation von älteren Schwulen und Lesben im Ausland (insbesondere USA und skandinavische Länder) beschäftigen, sind der Bundesregierung bekannt?

Der Bundesregierung ist bekannt, daß in den USA im Rahmen von Studien und Publikationen zur Sexualität im Alter die besondere Situation von älteren Menschen mit homosexueller Orientierung angesprochen wird, so z. B. in dem Sammelartikel von Judith Long Laws „Female Sexuality through the Life Span", der bereits 1980 in dem Buch Life-Span Development and Behaviour (herausgegeben von Paul B. Baltes und Orville G. Brim) veröffentlicht wurde.

8. Plant die Bundesregierung bei einer Neuauflage der vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen Broschüre „Gemeinsam statt einsam – Politik mit älteren Menschen" auf die besondere Situation von älteren Schwulen und Lesben in der Bundesrepublik Deutschland einzugehen?

Bei der Neukonzeption einer Zielgruppenbroschüre für ältere Menschen wird auf Lebens- und Wohnformen hingewiesen, die der Isolation älterer Menschen entgegenwirken. Dies schließt auch das Zusammenleben von Menschen gleichen Geschlechts ein.

9. Welche Studien oder Forschungsprojekte plant die Bundesregierung zur Lebenssituation von älteren Schwulen und Lesben?

Die Bundesregierung plant, in künftigen Alternsstudien ein stärkeres Augenmerk auf die Situation älterer Menschen mit homosexueller Orientierung zu legen.

10. Sind der Bundesregierung Lehrpläne von öffentlichen und privaten Ausbildungsstätten, die die Aus- oder Fortbildung zum Altenpfleger, Krankenpfleger oder Sozialarbeiter ausüben, bekannt, die auf die besondere Situation von älteren Schwulen und Lesben eingehen?

    Wenn ja, welche?

Der Bundesregierung sind keine Lehrpläne mit diesem Inhalt bekannt.

11. Sind der Bundesregierung Lehrangebote der Universitäten bekannt, die auf die besondere Situation von älteren Schwulen und Lesben eingehen?

Der Bundesregierung ist das interdisziplinäre Studienangebot „Schwul-lesbische Studien Bremen" an der Universität Bremen bekannt.

12. Sind der Bundesregierung Beratungsstellen bekannt, die sich schwerpunktmäßig mit der Betreuung und Beratung von älteren Schwulen und Lesben in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen?

Der Bundesregierung sind solche besonderen Beratungsstellen nicht bekannt. Die Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten der Gemeinden, Städte und Kreise üben jedoch aufgrund ihrer Aufgabenstellung eine Beratungstätigkeit für alle Frauen ihres Einzugsgebietes aus. Hierzu kann im Einzelfall auch die Beratung älterer Frauen mit lesbischer Orientierung gehören.

13. Sind der Bundesregierung Beratungsstellen im Ausland (insbesondere USA und skandinavische Länder) bekannt, die sich schwerpunktmäßig mit der Betreuung und Beratung von älteren Schwulen und Lesben beschäftigen?

Nein.

14. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, sicherzustellen, daß im Todesfall eines Partners einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft das zu Lebzeiten gemeinsam erworbene Vermögen an den Hinterbliebenen vererbt werden kann?

Das Bürgerliche Gesetzbuch gibt mit der – zudem grundgesetzlich verankerten – Testierfreiheit auch dem Partner einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft die Möglichkeit, seinem/ihrer Partner/in das gemeinsam erworbene Vermögen zu vererben.

15. Plant die Bundesregierung eine Reform des § 569a BGB mit dem Ziel, daß die Partner und Partnerinnen einer gleich- oder verschiedengeschlechtlichen nichtehelichen Lebensgemeinschaft in den Genuß der mietrechtlichen Sonderrechtsnachfolge des § 569a BGB kommen, und für wann ist die Vorlage einer Gesetzesinitiative vorgesehen?

Die Bundesregierung hält eine entsprechende Überprüfung der §§ 569a und 569b BGB für angebracht. Sie plant ohnehin eine Gesamtbereinigung und Vereinfachung des Mietrechts, in deren Rahmen entsprechende Änderungen Eingang finden könnten. Unter Umständen wird auch zu erwägen sein, ob eine gesonderte Regelung dieses Themenkomplexes angebracht ist.

Gemäß § 569b BGB kann der überlebende Mieter im übrigen bereits nach geltender Rechtslage das Mietverhältnis beim Tod des Mitmieters fortsetzen.

16. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in welchen Pflegepersonal von Alten- oder Pflegeheimen in diskriminierender Weise mit älteren Schwulen und Lesben umgegangen ist?

Der Bundesregierung sind solche Fälle nicht bekannt.

17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des „Affectional Preference and Aging"-Programms vom „Gay Community Center" in Minneapolis, das 1979 für drei Jahre finanziell vom „Center on Aging of the National Institutes of Mental Health" unterstützt wurde?

Der Bundesregierung ist dieses Programm nicht bekannt.

18. Welche Hinweise sind der Bundesregierung bekannt, daß ältere Schwule Opfer von antischwulen Gewalttaten werden, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

Der Bundesregierung liegen keine Hinweise darauf vor, daß insbesondere ältere Personen mit homosexueller Orientierung Opfer von Gewalttaten werden, die durch die homosexuelle Orientierung dieser Personen motiviert erscheinen.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333